

David Cameron, Vorsitzender der Konservativen Partei, ist neuer Premierminister von Großbritannien. Sein Stellvertreter ist Nick Clegg, Vorsitzender der Liberaldemokraten (Lib Dems). Eine Woche nach der Wahl am 6. Mai, die ein *Hung Parliament* ergab, hat Großbritannien seine erste Koalitionsregierung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Es war ein ungewöhnlicher Wahlausgang, der dementsprechend zu einem ungewöhnlichen Regierungsbündnis führte. Noch vor zwei Wochen standen sich Cameron und Clegg während der TV-Debatte in harter Auseinandersetzung gegenüber. Differenzen wurden bei vielen wichtigen Themen deutlich, bei der Wirtschafts- und Steuerpolitik, der Einwanderungs- und Verteidigungspolitik, vor allem aber bei der Europapolitik. Schon zu dieser Zeit war ein *Hung Parliament* nach den Wahlen absehbar. Umso härter wurde gefochten, um doch noch Wähler auf die je eigene Seite zu ziehen. Die Wahl machte allerdings alle zum Verlierer: Die Labour Party mit Gordon Brown an der Spitze bekam das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte, Nick Clegg blieb mit seinen Liberalen weit hinter den durch seinen furiosen Auftritt in der ersten TV-Debatte hochgepushten Erwartungen zurück, und David Cameron hat das Ziel einer eigenen Mehrheit für die Konservativen verfehlt, trotz eines ungeliebten Premierministers Brown als Gegner.

Die nachfolgenden fünf Tage dienten der Suche nach Mehrheiten. Die Liberaldemokraten als Königsmacher verhan-

delten mit beiden Seiten. Sowohl ideologische als auch traditionelle Gründe sprachen eher für ein Bündnis zwischen Labour und den Lib Dems. Gordon Brown bot Änderungen des Wahlsystems schon frühzeitig an – eine der Hauptforderungen der Lib Dems für ein Bündnis. Schließlich kündigte er auch seinen Rückzug als Parteivorsitzender für September an, was einen Abgang als Premierminister zur gleichen Zeit einschloss. Clegg hatte im Wahlkampf mehrmals deutlich gemacht, dass er zwar mit Labour zusammengehen würde, aber nicht unter Brown. Mit diesem Schritt sollte der Weg für ein Bündnis frei gemacht werden.

Dass die Liberaldemokraten sich am Ende zugunsten der Konservativen entschieden, dürfte mehrere Gründe haben. Zum einen ist die Zusage von Labour für die Änderung des Wahlrechts keinesfalls eine Sicherheit dafür, dass diese auch kommt. Ein entsprechendes Gesetz braucht die Zustimmung beider Kammern, die für diesen Fall im House of Lords nicht zu erwarten wäre. Bei Rückweisung durch das Oberhaus kann das Parlament bis zu dreimal geänderte Entwürfe erneut vorlegen. Ob es aber am Ende das Oberhaus überstimmen könnte, ist unklar – denn diese Möglichkeit ist nur für den Fall, dass es eine Einparteieregierung gibt, die das entsprechende Vorhaben auch so in ihrem Manifesto verankert hat, klar geregelt. Die Konservativen hatten ihr Angebot an die Lib Dems außerdem mit der Zusage für ein Referendum über die Einführung eines „alter-

native vote“-Systems aufgestockt. Zum anderen hätte eine Lib-Lab-Regierung keine eigene Mehrheit im Parlament gehabt. Man hätte für jede Abstimmung, was besonders schwer wiegt, wenn es um den Haushalt geht, auf die kleinen, zum Teil sehr national orientierten Parteien von Wales, Schottland, gegebenenfalls Nordirland zurückgreifen müssen. In Zeiten, in denen viele schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen, ist das keine gute Voraussetzung und weit entfernt von einer stabilen, berechenbaren Regierung. Zudem wäre vollkommen unklar, wer ab September Premierminister sein würde. Gordon Brown kam schon nicht über eine Wahl ins Amt, sondern über einen Wechsel während der Legislatur. Ein Wiederholungsfall ist alles andere als attraktiv.

Im Ergebnis hat Großbritannien nun eine liberal-konservative Regierung. Die politischen Eckpunkte für das neue Bündnis sind sehr generell gefasst (nachzulesen auf: http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/election_2010/8677933.stm). Sie beinhalten folgende Themen: 1. Defizitreduzierung, 2. Ausgabenüberprüfung im öffentlichen Sektor, 3. Steuergesetzgebung, 4. Bankreform, 5. Einwanderung, 6. politische Reformen, 7. Pensionen und Wohlfahrt, 8. Bildung, 9. Beziehungen mit der EU, 10. Bürgerrechte und 11. Umwelt.

Sie lassen Raum für weitere Verhandlungen im Detail – positiv ausgedrückt. Man kann voraussehen, dass im Umsetzungsprozess der Vereinbarungen so manche Diskussion geführt werden wird. In Teilen wird von vornherein ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten hin-genommen. So zum Beispiel bei der Frage von Kernkraftwerken, deren Erneuerung von den Lib Dems abgelehnt wird, den Konservativen billigen sie aber entsprechende Initiativen zu. Aber beide Parteien können sich in den getroffenen Vereinbarungen wiederfinden: Die schnellere Rückführung des Haushaltsdefizits und Einsparungen bis zu sechs Milliar-

den Pfund bereits in diesem Jahr aus dem Wahlprogramm der Tories finden sich genauso darin wieder wie die stückweise Anhebung des Einkommensteuerfreibetrags auf 10 000 Pfund pro Jahr sowie mehr Freiheiten für die Schulen, Forderungen der Lib Dems. Und auch im Kabinett spiegelt sich das Bemühen um volle Einbindung der Lib Dems wider. Sie haben fünf Kabinettsposten inne, davon den stellvertretenden Premierminister, der für die politischen Reformen zuständig sein wird, den ersten Minister im Finanzkabinett von George Osborne (Tory, Schatzkanzler) im Kabinettsrang und den Wirtschaftsminister (das neue Kabinett: <http://www.cabinetoffice.gov.uk>).

Bekanntlich sind Koalitionen keine Liebeshochzeiten. Potenzial für Spannungen gibt es reichlich. Der linke Flügel der Lib Dems ist weit entfernt vom rechten Flügel der Tories. Es gibt keine Erfahrungen mit Koalitionsregierungen. Die zu treffenden Entscheidungen werden so schwierig sein, dass es schon problematisch ist, Einigung innerhalb einer Partei herzustellen, geschweige denn zwischen zwei.

Es kann aber auch gut gehen mit der neuen Koalition. Cameron könnte die Verbindung helfen, die Erneuerung der Konservativen substanziell zu vollziehen. Mit dem Verweis auf den sehr pro-europäischen Koalitionspartner ließen sich beispielsweise die starken rechten Kräfte bei den Tories in Fragen der Europapolitik leichter zurückdrängen. Schwierige Entscheidungen wie unvermeidliche Einschnitte im öffentlichen Sektor wären auf breitere Schultern verteilt und erschwerten Polarisierungen in der Gesellschaft. Das junge Führungsduo könnte einen neuen Politikstil in Großbritannien prägen und Koalitionspolitik zu etwas Positivem werden lassen. Den Willen dazu haben Cameron und Clegg gezeigt. Und um ihn zu besiegeln, haben sie einen fixen Termin für die nächste Wahl bereits festgelegt: den ersten Donnerstag im Mai 2015.